



Az.:

Rotenburg (Wümme), 08.09.2025

Antrag Nr. : 0 8 9 3 / 2 0 2 1 - 2 0 2 6

Gremien	Datum	TOP	beschlossen	Bemerkungen
Rat	14.08.2025			
Ausschuss für Jugend, Soziales, KiTa's und Gleichstellung	18.09.2025			
Verwaltungsausschuss	01.10.2025			
Rat	30.10.2025			

Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommune"; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-Die Linke vom 05.08.2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) lehnt den Antrag zur Teilnahme am Programm „Kinderfreundliche Kommune“ zum derzeitigen Zeitpunkt ab.

Begründung:

Mit Antrag vom 05.08.25 beantragt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen – Die Linke die Teilnahme der Stadt Rotenburg (Wümme) am Programm „Kinderfreundliche Kommune“.

Nach Angaben des Vereins Kinderfreundliche Kommunen e.V. auf seiner Homepage ist Auftrag seines Programmes „die konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene.“ Sein Ziel ist, „Kommunen bundesweit zu unterstützen, ihre kommunalen Angebote, Planungen und Strukturen im Sinne der Kinderrechte zu verbessern und die UN-Kinderrechtskonvention bekannter zu machen.“ Nach erklärter Teilnahme einer Kommune am Programm entwickeln die Kommunen unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen einen Aktionsplan mit verbindlichen Maßnahmen, für den sie das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ erhalten.

Für die Teilnahme am Programm ist mit jährlichen Kosten von rund 70.000 – 100.000 € zu rechnen. Einen Teil der Kosten stellt die zur Verfügung zu stellende Personalressource dar, die mit mindestens einer Teilzeitstelle abzudecken ist. Erfahrungen einer teilnehmenden Kommune zeigen, dass sinnvollerweise zwei Teilzeitstellen besetzt werden sollten (1 x Koordination, 1 x Umsetzung von Maßnahmen). Für das Personal entstehen zusätzliche Kosten durch Weiterbildungsmaßnahmen und Sachkosten für die Aufgabenwahrnehmung. Ferner entstehen Kosten für das Programm an sich (8.000 € / Jahr), die Einrichtung eines empfohlenen Kinder- und Jugendbüros sowie für die mit dem Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen.

Insgesamt ist das Projekt zur Unterstützung einer möglichst zunehmenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Entwicklung der Stadt aus meiner Sicht grundsätzlich zu begrüßen, vor allem die Einrichtung fester Ansprechpersonen im Hauptamt, die Einbeziehung externen

Expertenwissens aus dem Verein und die Vernetzung untereinander.

Allerdings kann vor dem Hintergrund der aktuellen haushalterischen Herausforderungen eine Teilnahme zum derzeitigen Zeitpunkt vor dem Hintergrund des nicht unerheblichen finanziellen Aufwandes über mehrere Jahre hinweg nicht empfohlen werden.

Torsten Oestmann